



1. Altmarkkreis Salzwedel	
Satzung über die Abfallwirtschaft (Abfallwirtschaftssatzung)	109
Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallwirtschaft (Abfallgebührensatzung)	114
2. Änderung zur Nutzungs- und Gebührenordnung für das Feriencamp Gager	116

Altmarkkreis Salzwedel

Satzung über die Abfallwirtschaft im Altmarkkreis Salzwedel (Abfallwirtschaftssatzung)

Auf der Grundlage der §§ 8 und 45 Abs. 2 Ziff. 1 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) vom 17.06.2014 (GVBl. LSA S. 288) in der zurzeit gültigen Fassung, des Gesetzes zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen (KrWG) vom 24.02.2012 (BGBl. I S. 212) in der zurzeit gültigen Fassung und des Abfallgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (AbfG LSA) vom 01.02.2010 (GVBl. LSA S. 44) in der zurzeit gültigen Fassung hat der Kreistag des Altmarkkreises Salzwedel in seiner Sitzung am 17.12.2018 die folgende Neufassung der Satzung über die Abfallwirtschaft im Altmarkkreis Salzwedel (Abfallwirtschaftssatzung) beschlossen:

§ 1 Grundsätze

- (1) Der Altmarkkreis Salzwedel (im Folgenden als Landkreis bezeichnet) bewirtschaftet die in seinem Gebiet angefallenen Abfälle nach Maßgabe dieser Satzung sowie der Vorschriften des Gesetzes zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz - KrWG) vom 24.02.2012 in der jeweils geltenden Fassung und des Abfallgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (AbfG LSA) vom 01.02.2010 in der jeweils geltenden Fassung. Dessen ungeachtet zielt der Landkreis auf eine Förderung von Maßnahmen zur Abfallvermeidung.
- (2) Ziele der Abfallbewirtschaftung des Landkreises sind:
 1. Abfälle unter Beachtung der Kriterien des § 6 Absatz 2 KrWG möglichst einer Vorbereitung zur Wiederverwendung zuzuführen,
 2. Abfälle stofflich zu verwerten, insbesondere Abfälle soweit wie technisch möglich, wirtschaftlich zumutbar und umweltverträglich zum ursprünglichen oder einem neuen Zweck aufzubereiten (stoffliche Abfallverwertung = Recycling),
 3. soweit eine stoffliche Verwertung ausscheidet, diese einer sonstigen Verwertung zuzuführen, insbesondere einer energetischen Verwertung,
 4. die übrigen Abfälle umweltverträglich zu entsorgen, sie insbesondere abzulagern (Abfallablagerung).
- (3) Der Landkreis ist öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger im Sinne von § 20 KrWG in Verbindung mit § 3 Abs. 1 AbfG LSA und betreibt die Abfallentsorgung als öffentliche Einrichtung. Zur Erfüllung dieser Aufgabe bedient sich der Landkreis Dritter nach § 22 KrWG und unter Beachtung der Maßgaben von § 3 Abs. 3 AbfG LSA. Insbesondere wird zur Erfüllung der Aufgaben des Landkreises als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger die Deponie GmbH Altmarkkreis Salzwedel als beauftragte Dritte eingesetzt.
- (4) Jede Person soll nach Maßgabe des AbfG LSA durch ihr Verhalten dazu beitragen, dass die Ziele der Kreislaufwirtschaft verwirklicht werden und das Wohl der Allgemeinheit nicht beeinträchtigt wird.
- (5) Der Landkreis informiert und berät die Abfallbesitzer und die Anschluss- und Benutzungspflichtigen nach Maßgabe dieser Satzung (s. z.B. § 5) über Möglichkeiten der Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen. Auch hierzu bedient er sich der Deponie GmbH Altmarkkreis Salzwedel als beauftragter Dritter.

§ 2 Umfang der Entsorgungspflicht des Landkreises

- (1) Der Landkreis entsorgt bzw. bewirtschaftet Abfälle nach Maßgabe seiner Verpflichtung nach § 20 KrWG. Die Abfallbewirtschaftung bzw. -entsorgung umfasst die Verwertung und Beseitigung aller im Landkreis angefallenen und überlassenen Abfälle aus privaten Haushaltungen sowie der Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen nach Maßgabe des KrWG und dieser Satzung. Zu den Aufgaben des Landkreises gehören insbesondere das Einsammeln von angefallenen und überlassenen Abfällen, das Befördern bzw. Transportieren, Behandeln, Vorbereiten zur Wiederverwendung oder Verwerten, Lagern und Ablagern (Deponieren) von Abfällen. Ferner zählen dazu die Sammlung und Entsorgung von verbotswidrig abgelagerten Abfällen nach Maßgabe von § 11 und 11 a AbfG LSA.

Der Landkreis betreibt zu diesem Zweck insbesondere zwei Abfallwirtschaftshöfe

Abfallwirtschaftshof Cheine Am Witte Berg 3 29410 Hansestadt Salzwedel, Ortsteil Cheine	Abfallwirtschaftshof Gardelegen Bismarker Straße 81 39638 Gardelegen
---	--

sowie mehrere Wertstoffhöfe im Gebiet des Landkreises, insbesondere die folgenden:

- Wertstoffhof Arendsee, Osterburger Str. 41, Arendsee,
- Wertstoffhof Klötze, Salzwedeler Str. 34b, Klötze,
- Wertstoffhof Diesdorf, Molmker Str., Diesdorf,
- Wertstoffhof Kalbe (Milde), Schulstraße 11, 39624 Kalbe (Milde).

- (2) Von der Abfallentsorgung sind die in der Anlage zu dieser Satzung aufgeführten und dort entsprechend gekennzeichneten Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen ausgeschlossen. Zusätzlich zu den nach Satz 1 genannten und in der Anlage gekennzeichneten Abfällen kann der Landkreis im Einzelfall mit Zustimmung des Landesverwaltungsamtes gemäß § 20 Abs. 2 KrWG in Verbindung mit § 5 Abs. 1 AbfG LSA Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen von der Entsorgung ausschließen, wenn diese nach ihrer Art, Menge oder Beschaffenheit nicht in den vom Landkreis oder von Dritten im Auftrag des Landkreises betriebenen Abfallentsorgungsanlagen entsorgt werden können.
- (3) Soweit Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen nach Abs. 2 von der Entsorgung durch den Landkreis ausgeschlossen sind, ist der Erzeuger bzw. Besitzer zur ordnungsgemäßen und gesetzeskonformen Entsorgung dieser Abfälle selbst verpflichtet.

§ 3 Anschluss- und Benutzungszwang/Überlassungspflicht

- (1) Jeder Eigentümer eines Grundstückes im Landkreis, auf dem Abfälle aus privaten Haushaltungen anfallen können, ist verpflichtet, sein Grundstück an die öffentliche Abfallentsorgung anzuschließen (Anschlusszwang). Im Rahmen des Anschlusszwanges ist jeder Eigentümer berechtigt, den Anschluss seines Grundstückes an die öffentliche Abfallentsorgung des Landkreises zu verlangen (Anschlussrecht). Den Eigentümern stehen Erbbauberechtigte, Wohnungs- oder Teileigentümer, Wohnungserbbauberechtigte, Nießbraucher und sonstige zur Nutzung des Grundstückes dinglich Berechtigte gleich. Soweit weder der Eigentümer noch der dinglich Berechtigte im Sinne des vorgenannten Satzes im Grundbuch eingetragen oder die Eigentums- und Berechtigungslage ansonsten ungeklärt ist, ist derjenige anschlusspflichtig, der zum Zeitpunkt des Anschlusses Besitzer des betroffenen Grundstückes ist.
- (2) Eigentümer sowie denen gleichgestellte Berechtigte nach Absatz 1 von Grundstücken, auf denen Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen anfallen, für die eine Überlassungspflicht gem. § 17 KrWG besteht und die der Entsorgungspflicht des Landkreises gem. § 20 KrWG unterliegen, sind entsprechend Abs. 1 ebenfalls zum Anschluss berechtigt und verpflichtet.
- (3) Jeder Anschlusspflichtige sowie alle anderen Erzeuger und Besitzer von nach 17 KrWG überlassungspflichtigen Abfällen sind verpflichtet, die Abfallentsorgung des Landkreises zu benutzen (Benutzungszwang). Dafür haben sie die bei ihnen anfallenden Abfälle, die der Entsorgungspflicht des Landkreises unterliegen und deren Entsorgung nicht gemäß dieser Satzung ausgeschlossen ist, nach Maßgabe dieser Satzung der öffentlichen Abfallentsorgung zu überlassen. In diesem Rahmen sind sie zur Benutzung der Abfallentsorgung berechtigt (Benutzungsrecht).
- (4) Der Anschluss- und Benutzungszwang gilt auch für nur zeitweilig bewohnte oder genutzte Grundstücke, auf denen überlassungspflichtige Abfälle anfallen können, insbesondere für Wochenendhäuser.
- (5) Der Anschluss- und Benutzungszwang gilt nicht, soweit Abfälle nach § 2 dieser Satzung von der Entsorgung ausgeschlossen sind, soweit gemäß § 17 Abs. 1 oder 2 KrWG keine Überlassungspflicht für Abfälle besteht oder soweit für Abfälle eine Entsorgung außerhalb von Abfallentsorgungsanlagen des Landkreises gesetzlich bzw. durch Rechtsverordnung zugelassen ist. Der Anschluss- und Benutzungszwang für Grundstücke entfällt entsprechend § 17 Absatz 1 Satz 2 2. Hs. KrWG zudem, wenn und soweit die dort erzeugten Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen in eigenen Anlagen beseitigt werden und überwiegende öffentliche Interessen nicht entgegenstehen. Keine Pflicht zum Anschluss und zur Benutzung besteht für Grün- und Bioabfälle bei Grundstücken, die von privaten Haushaltungen zu Wohnzwecken genutzt werden, entsprechend § 17 Absatz 1 Satz 1 2. Hs. KrWG soweit der Anschlusspflichtige oder/und Benutzungspflichtige schlüssig und nachvollziehbar nachweist, dass er nicht nur willens, sondern auch fachlich und technisch in der Lage ist, auf dem Grundstück anfallende kompostierbare Bio- und Grünabfälle auf diesem im Rahmen der privaten Lebensführung genutzten Grundstück selbst zu verwerten (Eigenverwertung).

§ 4 Begriffsbestimmungen

- (1) Abfälle, die verwertet werden, sind Abfälle zur Verwertung. Abfälle, die nicht verwertet werden, sind Abfälle zur Beseitigung. Abfall gilt als angefallen, wenn er im Sinn von § 3 Absatz 1 KrWG entstanden ist.
- (2) Wohngrundstücke im Sinne dieser Satzung sind bebaute Grundstücke, die ausschließlich zu Wohnzwecken genutzt werden und auf denen Abfälle in privaten Haushalten im Rahmen der privaten Lebensführung anfallen können, insbesondere in Wohnungen und zugehörigen Grundstücks- oder Gebäudeteilen sowie in anderen vergleichbaren Anfallorten wie Wohnheimen oder Einrichtungen des betreuten Wohnens (Abfälle aus privaten Haushaltungen).
- (3) Gewerbegrundstücke im Sinne dieser Satzung sind Grundstücke, die gewerblich oder freiberuflich oder zu weiteren, anderen Zwecken als Wohnzwecken genutzt werden wie z. B. öffentliche Verwaltungen, Vereinshäuser, Schwimmbäder, Schulen, Kirchen u. ä. Einrichtungen (= Gewerbe i.S. dieser Satzung), und auf denen ausschließlich gewerbliche Siedlungsabfälle im Sinne von § 2 Nr. 1 der GewAbfV als solche aus anderen Herkunftsbereichen als Haushaltungen anfallen.
- (4) Gemischt genutzte Grundstücke sind Grundstücke, die zugleich den in den Absätzen 2 und 3 bezeichneten Zwecken dienen.

- (5) Wochenendgrundstücke zählen zu den Wohngrundstücken.
(6) Grundstück im Sinne dieser Satzung ist, ohne Rücksicht auf die Grundbucheintragung, jeder zusammenhängende Grundbesitz, der eine selbständige wirtschaftliche Einheit bildet. Insofern gilt auch eine Eigentumswohnung als Grundstück i.S. dieser Satzung.

§ 5

Abfallberatung und Anreize zur Abfallvermeidung

Der Landkreis informiert und berät über Möglichkeiten der Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen. Damit möglichst wenig Abfall entsteht, informiert er die Abfallbesitzer sowie die Anschluss- und Benutzungspflichtigen regelmäßig über Möglichkeiten insbesondere der Weiterverwendung von Gegenständen. Darüber hinaus informiert er über Möglichkeiten der Schadstoffentfrachtung sowie über die Verwendung langlebiger Produkte und den Einsatz abfallarmer Produktionsverfahren. Zur Wahrnehmung dieser Aufgaben bedient sich der Landkreis der Deponie GmbH Altmarkkreis Salzwedel als beauftragter Dritter. Darüber hinaus setzt der Landkreis soweit möglich weitere Impulse für eine Vermeidung von Abfällen, insbesondere auch im Rahmen der Ausgestaltung der Benutzungsgebühren nach der Abfallgebührensatzung.

§ 6

Getrennte Erfassung von Abfällen

- (1) Der Landkreis führt mit dem Ziel einer Förderung der Wiederverwendung oder jedenfalls der Abfallverwertung und Schadstoffminimierung eine getrennte Erfassung folgender angefallener Abfälle nach Maßgabe dieser Satzung durch:
1. Sperrmüll einschließlich holzhaltiger Sperrmüll (§ 7),
 2. Altholz (§ 8),
 3. gefährliche Abfälle (§ 9),
 4. Elektro- und Elektronikaltgeräte aus privaten Haushalten im Sinne des ElektroG und Alt-Batterien (§ 10),
 5. Gemischte Bau- und Abbruchabfälle, asbesthaltige Abfälle sowie weitere Abfallarten nach Kennzeichnung in der Anlage zu dieser Satzung einschließlich Glas, Metall und Kunststoffabfällen (§ 11),
 6. Altpapier (§ 12),
 7. Bioabfall einschließlich Grünabfällen (§ 13),
 8. Restabfälle (§ 14).
- (2) Jeder Abfallbesitzer hat die in Abs. 1 genannten Abfälle im Rahmen der Überlassungspflichten gemäß § 17 Abs. 1 bis 3 KrWG getrennt nach Maßgabe dieser Satzung zu überlassen.
- (3) Der Landkreis weist darauf hin, dass außerhalb der öffentlich-rechtlichen Abfallentsorgung durch den Landkreis von den jeweils zuständigen Systembetreibern nach dem Gesetz über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die hochwertige Verwertung von Verpackungen (Verpackungsgesetz – VerpackG) eine getrennte Erfassung von
- Leichtverpackungsabfällen (gelbe Wertstoffsäcke) und
 - Altglas (Depotcontainer an dezentralen Sammelstellen) stattfindet.
- Über die weiteren Modalitäten für die Abfuhr / Entsorgung dieser Abfälle wird im sog. Abfallkalender nach § 23 Absatz 1 näher informiert. Die Sammlung von Verpackungen aus Papier, Pappe und Kartonagen wird von den Systembetreibern über die Mitbenutzung der Altpapierbehälter des Landkreises organisiert (vgl. § 12).

§ 7

Sperrmüll einschließlich holzhaltiger Sperrmüll

- (1) Sperrmüll im Sinne dieser Satzung sind Gegenstände, vornehmlich Einrichtungsgegenstände, die selbst nach einer zumutbaren Zerkleinerung wegen ihrer Sperrigkeit, ihres Gewichts oder ihrer Materialbeschaffenheit nicht in die vom Landkreis zugelassenen Abfallbehälter passen, diese beschädigen oder das Entleeren erschweren können und deren sich der Besitzer entledigen will oder muss. Insbesondere fallen hierunter: ausgediente Matratzen, Möbel, Teppiche, Auslegware, Fahrräder (ohne Reifen), Fahrradteile, Kinderwagen, Altmetalle und ähnliche Haushaltsgegenstände bzw. Hausrat einschließlich holzhaltiger Sperrabfälle.
- Nicht zum Sperrmüll im Sinne dieser Satzung gehören u. a. Öltanks bzw. leere Ölbehälter, Altfahrzeuge oder Kraftfahrzeugteile, Motorräder, Mopeds, Silofolien, Bäume, Stubben, Gartenabfälle, Altkleider, Schuhe, Fenster, Türen, Bau- und Abbruchabfälle (auch aus Aus- und Umbaumaßnahmen) und Elektro- und Elektronikaltgeräte im Sinne dieser Satzung.
- (2) Die Sperrmüllabfuhr findet als Straßensammlung je angeschlossenem Grundstück an zwei vom Landkreis festgelegten Abfuhrtagen im Jahr statt, welche nach § 23 dieser Satzung bekanntgegeben werden. Sperrmüll ist bis 7.00 Uhr am Tage der Abfuhr gestapelt, gebündelt oder in sonstiger Weise geordnet auf dem Bürgersteig vor dem Grundstück, auf dem der Sperrmüll angefallen ist bzw. in unmittelbarer Umgebung in Abstimmung mit dem Landkreis, wenn vor dem Grundstück die Bereitstellung nicht möglich ist, so bereitzustellen, dass der laufende Verkehr nicht beeinträchtigt wird und ein zügiges Verladen des Sperrmülls in die Sammelfahrzeuge möglich ist. Holzhaltiger Sperrmüll ist dabei gesondert vom sonstigen Sperrmüll sowie gestapelt, gebündelt oder in sonstiger Weise geordnet wie der sonstige Sperrmüll auf dem Bürgersteig vor dem Grundstück bereitzulegen. Das Einzelstück des Sperrmülls darf ein Gewicht von 75 kg sowie eine Größe von 2,50 m x 1,00 m x 0,75 m nicht übersteigen. Teppiche sind gefaltet (nicht gerollt) mit einer Kantendlänge von max. 1 m bereitzustellen. Insgesamt darf das je Haushalt oder Gewerbe auf dem angeschlossenen Grundstück bereitgestellte Sperrmüll-Volumen pro Abfuhr 5 cbm nicht überschreiten (haushaltsübliches Volumen).
- (3) Nicht zum Sperrmüll zählender und daher im Zuge der Abholung nicht eingesammelter Abfall ist nach Beendigung der Abfuhr vom Grundstückseigentümer oder Abfallbesitzer unverzüglich wegzuräumen und einer sachgerechten Entsorgung nach dieser Satzung zuzuführen.
- (4) Sperrmüll einschl. holzhaltiger Sperrmüll kann dem Landkreis zudem im Bringsystem an den Abfallwirtschaftshöfen Gardelegen und Cheine während der dortigen Öffnungszeiten gebührenpflichtig angeliefert und überlassen werden.
- (5) Zudem bietet der Landkreis eine gesondert gebührenpflichtige Abholung von Sperrmüll auf Abruf an, die alle Benutzungspflichtigen beantragen können und welche eine Überlassung im Holsystem außerhalb der Termine der o.g. Straßensammlung ermöglicht. Je Anmeldung können dabei bis zu 3 m³ Sperrmüll bereitgestellt werden, für die Bereitstellung gelten Ab-

satz 2, dort Satz 2 ff entsprechend. Anträge auf Abholung von Sperrmüll in diesem System sind per E-Mail, Fax oder Post an die beauftragte Deponie GmbH Altmarkkreis Salzwedel zu senden. Die Deponie GmbH Altmarkkreis Salzwedel teilt jedem Antragsteller den vorgesehenen Abholtermin mit.

§ 8

Altholz

- (1) Altholz im Sinne dieser Satzung ist Gebrauchtholz, soweit dieses Abfall im Sinne von § 3 Abs. 1 des KrWG ist. Als Gebrauchthölzer werden dabei solche im Sinne des § 2 Nr. 3 der Verordnung über Anforderungen an die Verwertung und Beseitigung von Altholz (Altholzverordnung-AltholzV) vom 15.08.2002 (BGBl. I S. 3302) verstanden. Diese sind gebrauchte Erzeugnisse aus Massivholz, Holzwerkstoffen oder aus Verbundstoffen mit überwiegender Holzanteil (mehr als 50 Masseprozent). Nicht zum Gebrauchtholz im Sinne dieser Satzung zählt jedoch Gebrauchtholz der Altholzkategorie A IV im Sinne der AltholzV und PCB-Altholz. Altholz der Altholzkategorie A IV ist mit Holzschutzmitteln behandeltes Altholz, wie Bahnschwellen, Leitungsmasten, Hopfenstangen, Rebpfähle sowie sonstiges Altholz, das aufgrund seiner Schadstoffbelastung nicht den Altholzkategorien A I, A II oder A III zugeordnet werden kann, ausgenommen PCB-Altholz. PCB-Altholz ist Altholz, das PCB im Sinne der PCB/PCT-Abfallverordnung ist und nach deren Vorschriften zu entsorgen ist, insbesondere Dämm- und Schallschutzplatten, die mit Mitteln behandelt wurden, die polychlorierte Biphenyle enthalten.
- (2) Überlassungspflichtiges Altholz im Sinne von Absatz 1 Sätzen 1 bis 3 dieser Satzung sowie überlassungspflichtiges Gebrauchtholz der Altholzkategorie A IV und PCB-Altholz im Sinne von Absatz 1 Satz 4 ff. sind getrennt zu halten und dem Landkreis getrennt an den Abfallwirtschaftshöfen Gardelegen und Cheine während der dortigen Öffnungszeiten gebührenpflichtig anzuliefern und zu überlassen.

§ 9

Gefährliche Abfälle

- (1) Gefährliche Abfälle im Sinne dieser Satzung sind schadstoffhaltige Stoffe oder Gegenstände, deren sich der Besitzer entledigen will oder muss und die eine umweltschonende Abfallentsorgung erschweren oder gefährden. Dazu zählen z. B. Gifte, Laugen, Säuren, Farben (soweit noch flüssig), Reiniger, teer- und ölhaltige Rückstände, Pflanzenschutzmittel und sonstige Chemikalien sowie Geräte und Batterien, die diese Stoffe enthalten können.
- (2) Gefährliche Abfälle sind vom übrigen Abfall getrennt zu halten. Sie sind dem Landkreis an den gemäß § 23 dieser Satzung bekannt gegebenen Terminen und Orten am sog. Schadstoffsammelmobil zu überlassen, sofern keine Rücknahmeverpflichtung des Handels besteht oder keine zulässige Rückgabe an den Fachhandel erfolgt. Die mobile Sammlung mit dem Schadstoffsammelmobil wird einmal jährlich an den gem. § 23 veröffentlichten Terminen und Standorten durchgeführt.
- (3) Ferner können gefährliche Abfälle während der Öffnungszeiten der ständigen Annahmestellen auf dem Abfallwirtschaftshof Gardelegen und dem Abfallwirtschaftshof Cheine abgegeben werden.
- (4) Sowohl am Schadstoffmobil als auch an den Abfallwirtschaftshöfen werden grundsätzlich nur gefährliche Abfälle in Gebinden bis maximal 20 kg oder 20 Liter entgegengenommen. Insgesamt ist an einem Sammeltermin bzw. an einem Tag je Haushalt bzw. Gewerbe eines angeschlossenen Grundstücks eine Anlieferung von max. 200 kg oder 200 Liter möglich. Die Abgabe einer größeren Menge pro Einzelentsorgung oder abweichender Gebindegrößen ist nach vorheriger Anmeldung bei der vom Landkreis beauftragten Deponie GmbH Salzwedel an den beiden Abfallwirtschaftshöfen in Gardelegen und Cheine gegen gesonderte Gebühr möglich.

§ 10

Elektro- und Elektronikaltgeräte und Gerätebatterien

- (1) Elektro- und Elektronikaltgeräte im Sinne dieser Satzung sind solche aus privaten Haushalten im Sinne des Gesetzes über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die umweltverträgliche Entsorgung von Elektro- und Elektronikgeräten (Elektro- und Elektronikgesetz - ElektroG). Dies sind Geräte, die für den Betrieb mit Wechselspannung von höchstens 1 000 Volt oder Gleichspannung von höchstens 1 500 Volt ausgelegt sind und
- a) zu ihrem ordnungsgemäßen Betrieb von elektrischen Strömen oder elektromagnetischen Feldern abhängig sind oder
 - b) der Erzeugung, Übertragung und Messung von elektrischen Strömen und elektromagnetischen Feldern dienen
- und welche Abfall im Sinne des § 3 Absatz 1 Satz 1 des KrWG sind.
- Altgeräte aus privaten Haushalten sind dabei - anders als bei anderen, getrennt erfassten Abfällen i.S. dieser Satzung - aufgrund der Sonderregelung gem. § 3 Nr. 5 ElektroG sowohl Altgeräte aus privaten Haushaltungen im Sinne des KrWG sowie Altgeräte aus sonstigen Herkunftsbereichen, soweit die Beschaffenheit und Menge der dort anfallenden Altgeräte mit der Beschaffenheit und Menge von üblicherweise in privaten Haushaltungen anfallenden Altgeräten vergleichbar ist; Elektro- und Elektronikgeräte, die sowohl von privaten Haushalten als auch von anderen Nutzern als privaten Haushalten genutzt werden, gelten, wenn sie Abfall werden, als Altgeräte aus privaten Haushalten.
- Elektro- und Elektronikaltgeräte können insbesondere zu folgenden Kategorien gehören:
1. Wärmeüberträger (wie z.B. Kühlschränke, Gefriergeräte, Klimageräte, ölfüllte Radiatoren, Sonstige Wärmeüberträger, bei denen andere Flüssigkeiten als Wasser für die Wärmeübertragung verwendet werden);
 2. Bildschirme, Monitore und Geräte, die Bildschirme mit einer Oberfläche von mehr als 100 Quadratzentimeter enthalten (wie z.B. Fernsehgeräte, LCD-Fotorahmen, Monitore, Laptops, Notebooks);
 3. Lampen (wie stabförmige Leuchtstofflampen, Kompaktleuchtstofflampen, Leuchtstoff-

lampen, Entladungslampen, Niederdruck-Natriumdampflampen, LED-Lampen);

4. Großgeräte (wie Waschmaschinen, Wäschetrockner, Geschirrspüler, Elektroherde und -backöfen, Elektrokochplatten, Leuchten, Ton- oder Bildwiedergabegeräte, Musikausrüstung (mit Ausnahme von Kirchenorgeln), Geräte zum Stricken und Weben, Photovoltaikmodule, Nachtspeicherheizgeräte);
 5. Kleingeräte (wie z.B. Staubsauger, Teppichkehrmaschinen, Nähmaschinen, Leuchten, Mikrowellengeräte, Lüftungsgeräte, Bügeleisen, Toaster, elektrische Messer, Wasserkocher, Uhren, elektrische Rasierapparate, Waagen, Haar- und Körperpflegegeräte, Radiogeräte, Videokameras, Videorekorder, Hi-Fi-Anlagen, Musikinstrumente, Ton- oder Bildwiedergabegeräte, elektrisches und elektronisches Spielzeug, Sportgeräte, Fahrrad-, Tauch-, Lauf-, Rudercomputer usw., Rauchmelder, Heizregler, Thermostate, elektrische und elektronische Kleinwerkzeuge, medizinische Kleingeräte, kleine Überwachungs- und Kontrollinstrumente, kleine Produktausgabeautomaten, Kleingeräte mit eingebauten Photovoltaikmodulen);
 6. Kleine IT- und Telekommunikationsgeräte (keine äußere Abmessung beträgt mehr als 50 cm) wie z.B. Mobiltelefone, GPS-Geräte, Taschenrechner, Router, PCs, Drucker, Telefone.
- (2) Besitzer von Altgeräten haben diese der getrennten Erfassung des Landkreises an den Abfallwirtschaftshöfen oder Wertstoffhöfen im nachfolgend beschriebenen Bringsystem zuzuführen, soweit sie nicht andere zulässige Rückgabemöglichkeiten im Sinne des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes vor der Abgabe an der Sammelstelle vom Altgerät zu trennen. Diese Batterien werden vom Landkreis ebenso wie die Altgeräte unentgeltlich an den genannten Sammelstellen der Altgeräte zurückgenommen. Eine Pflicht zur Trennung besteht nicht, soweit Altgeräte separiert werden, um sie für die Wiederverwendung vorzubereiten. Überdies beteiligt sich der Landkreis nach § 13 Batteriegesez freiwillig an der Sammlung von anderen Geräte-Altgeräten im Sinne von § 2 Absatz 9 Batteriegesez (BattG), welche an den Abfallwirtschaftshöfen in Gardelegen und Cheine sowie am Schadstoffsammelmobil angenommen werden.
- (3) Abweichend von Absatz 2 können asbesthaltige und andere schadstoffhaltige (z.B. mit schwerwertigem Chrom belastete) Altgeräte nur an den Abfallwirtschaftshöfen in Cheine und Gardelegen nach vorheriger Anmeldung abgegeben werden. Einer Voranmeldung bedarf überdies die Anlieferung von mehr als 20 Geräten der folgenden Gerätegruppen

Gruppe 1: Wärmeüberträger,
Gruppe 4: Großgeräte und
Gruppe 6: Photovoltaikmodule

Für deren Anlieferung sind mit der vom Landkreis beauftragten Deponie GmbH Salzwedel als Betreiber der Sammelstellen an den Abfallwirtschafts- und Wertstoffhöfen ein Anlieferungszeitpunkt und -ort im Voraus abzustimmen.

§ 11

Gemischte Bau- und Abbruchabfälle, asbesthaltige Abfälle sowie weitere Abfallarten einschließlich Glasabfall, Altmetall und Kunststoffabfällen

- (1) Zu den gemischten Bau- und Abbruchabfällen im Sinne dieser Satzung zählen gemischte, bei Neubau, Umbau, Renovierung und Abriss von Bauwerken anfallende Abfälle, die keine gefährlichen Stoffe enthalten. Asbesthaltige Abfälle im Sinne dieser Satzung sind zur Entsorgung anfallende Materialien, Stoffe, Zubereitungen und Erzeugnisse, die Abfall sind und die Asbest enthalten oder denen Asbestfasern anhaften (asbestkontaminierte Abfälle).
- (2) Überlassungspflichtige Bau- und Abbruchabfälle sind dem Landkreis an den Abfallwirtschaftshöfen in Cheine und Gardelegen während der dortigen Öffnungszeiten zu überlassen. Überlassungspflichtige asbesthaltige Abfälle sind getrennt von anderen Abfällen nach Anmeldung bei der beauftragten Deponie GmbH Altmarkkreis Salzwedel und in staubdichten Verpackungen, z.B. sog. bei der Deponie GmbH erhältliche Big Bags, verpackt an der von dieser im Einzelfall benannten Anlieferstelle (auf dem Abfallwirtschaftshof Gardelegen oder dem Abfallwirtschaftshof Cheine) zu dem von dieser für den Einzelfall benannten Anlieferungszeitpunkt gebührenpflichtig anzuliefern und zu überlassen.
- (3) Darüber hinaus sind dem Landkreis alle weiteren in der Anlage zu dieser Satzung genannten Abfallarten aus Haushaltungen und anderen Herkunftsbereichen, welche einer Überlassungspflicht an den Landkreis unterliegen, nicht von der Entsorgung ausgeschlossen und nicht bereits einem besonderen Erfassungssystem nach dieser Satzung zugeordnet sind, insbesondere Kunststoffabfälle, Glasabfälle und Altmetalle, aber auch Abfälle zur Deponierung, an den Abfallwirtschaftshöfen während der dortigen Öffnungszeiten zu überlassen.

§ 12

Altpapier

- (1) Altpapier im Sinne dieser Satzung sind Zeitungen und Zeitschriften sowie Pappe und andere nicht verschmutzte, ausschließlich aus Papier bestehende Stoffe und Gegenstände, deren sich der Besitzer entledigen will oder muss. Nicht zum Altpapier im Sinne dieser Satzung gehören Verpackungen im Sinne des Verpackungsgesezes einschl. Verbundverpackungen (z. B. Milch- und Getränkekartons), die neben Papier auch andere Bestandteile wie beispielsweise Kunststoffe, Wachse oder Alufolien beinhalten.
- (2) Altpapier ist dem Landkreis über die besonders gekennzeichneten und zugelassenen Abfallbehälter (Altpapierbehälter) im Sinne von § 15 im Rahmen der haushaltsnahen Sammlung nach Maßgabe von § 16 zu überlassen. Der Bereitstellungsort für die Abfuhr bzw. Leerung der Altpapierbehälter richtet sich nach § 16. Die Altpapierbehälter sind unter Beachtung immissionsschutzrechtlicher Vorgaben bis 7.00 Uhr am Tag der Abfuhr am dort beschriebenen Standort/Bereitstellungsort bereitzustellen. Die Altpapierbehälter mit einem Fassungsvermögen bis 240 Litern werden im vierwöchentlichen Rhythmus, die Altpapierbehälter mit einem Fassungsvermögen von 1.100 Litern im wöchentlichen Abfuhrhythmus geleert. Die genauen Abfuhrtage werden nach § 23 bekanntgegeben.
- (3) Altpapier kann dem Landkreis zudem im Bringsystem an den Abfallwirtschaftshöfen in Gardelegen und Cheine sowie an den im Auftrag des Landkreises betriebenen Wertstoffhöfen

während der dortigen Öffnungszeiten angeliefert und dort überlassen werden.

- (4) Der Landkreis weist darauf hin, dass auch gebrauchte Verkaufsverpackungen aus Papier, Pappe, Karton, deren Entsorgung in der Zuständigkeit der Systembetreiber nach dem Verpackungsgesez liegt, in den o.g. Altpapierbehältern sowie ebenfalls an den Abfallwirtschaftshöfen sowie den Wertstoffhöfen übergeben werden können.

§ 13

Bioabfälle einschließlich Grünabfällen

- (1) Bioabfälle im Sinne dieser Satzung sind biologisch abbaubare pflanzliche, tierische oder aus Pilzmaterialien bestehende Garten- und Parkabfälle, Landschaftspflegeabfälle sowie Nahrungs- und Küchenabfälle. Nicht zu den Bioabfällen im Sinne dieser Satzung gehören krankheitsbefallene pflanzliche Abfälle (diese sind über die Restabfallfassung nach § 14 zu überlassen).
- (2) Nicht zu den Bioabfällen im Sinne dieser Satzung zählen zudem tierische Nebenprodukte, soweit diese nach der Verordnung (EG) Nr. 1069/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 (Verordnung über tierische Nebenprodukte) (ABl. L 300 vom 14.11.2009, S. 1) in der jeweils geltenden Fassung, nach den zu ihrer Durchführung ergangenen Rechtsakten der Europäischen Union, nach dem Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesez vom 25. Januar 2004 (BGBl. I S. 82) in der jeweils geltenden Fassung oder nach den auf Grund des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesezes erlassenen Rechtsverordnungen abzuholen, zu sammeln, zu befördern, zu lagern, zu behandeln, zu verarbeiten, zu verwenden, zu beseitigen oder in Verkehr zu bringen sind, mit Ausnahme derjenigen tierischen Nebenprodukte, die zur Verbrennung, Lagerung auf einer Deponie oder Verwendung in einer Biogas- oder Kompostieranlage bestimmt sind.
- (2) Bioabfälle im Sinne dieser Satzung sind dem Landkreis, soweit deren Erzeuger oder Besitzer zu einer Verwertung auf den von ihnen im Rahmen ihrer privaten Lebensführung genutzten Grundstücken nicht im Sinne von § 3 Absatz 5 Satz 3 in der Lage sind oder diese nicht beabsichtigen, getrennt in den für die Erfassung nach § 15 zugelassenen Bioabfallbehältern zu überlassen. Der Bioabfallbehälter muss unter Beachtung immissionsschutzrechtlicher Anforderungen bis 7:00 Uhr am Abfuhrtag vor dem angeschlossenen Grundstück entsprechend den Regelungen nach § 16 bereitgestellt werden. Bioabfälle dürfen lose oder in Papier oder in Bioabfallbeuteln verpackt eingeworfen werden, welche laut der europäischen Norm DIN EN 13432 oder DIN EN 14995 nachgewiesenermaßen „biologisch abbaubar“ sind und mit dem eingetragenen und geschützten Markenzeichen „Keimling“ gekennzeichnet sind.
- (3) Die Entleerung bzw. Abfuhr der Bioabfallbehälter erfolgt 14-tägig. Die genauen Abfuhrtage und Änderungen werden nach § 23 Absatz 1 dieser Satzung angegeben.
- (4) Überlassungspflichtige Grünabfälle wie Rasenschnitt, Baum- und Strauchwerk aus privaten Haushaltungen und aus anderen Herkunftsbereichen, wie z.B. aus Außenanlagen angeschlossener Grundstücke, sind – soweit deren Erzeuger oder Besitzer zu einer Verwertung auf den von ihnen im Rahmen ihrer privaten Lebensführung genutzten Grundstücken nicht im Sinne von § 3 Absatz 6 Satz 4 in der Lage sind oder diese nicht beabsichtigen – und soweit diese Grünabfälle nicht in zumutbarer Weise zerkleinert und über die Bioabfallbehälter erfasst werden können, an den Sammelstellen für Grünabfälle zu überlassen. Sammelstellen für Grünabfälle aus privaten Haushaltungen und aus anderen Herkunftsbereichen (in haushaltsüblichen Mengen) von angeschlossenen Grundstücken sind die beiden Abfallwirtschaftshöfe in Cheine und Gardelegen sowie die im Auftrag des Landkreises betriebenen Wertstoffhöfe, deren Standorte vom Landkreis nach § 23 Absatz 1 bekannt gegeben werden. Die Überlassung ist für Grünabfälle von angeschlossenen Grundstücken aus dem Landkreis dort bei Nachweis des Anschlusses an die öffentliche Abfallentsorgung bzw. bei Nachweis der Zahlung von Grundgebühren im Sinne der Abfallgebührensatzung ohne Zahlung einer gesonderten Gebühr während der jeweiligen gem. § 23 bekannt gegebenen bzw. veröffentlichten Öffnungszeiten möglich.

§ 14

Restabfall

- (1) Restabfall im Sinne dieser Satzung sind Abfälle aus privaten Haushaltungen sowie Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen, soweit diese nicht nach Maßgabe dieser Satzung dem Landkreis getrennt zu überlassen sind und auch nicht von der Entsorgung des Landkreises ausgeschlossen sind.
- (2) Restabfall ist in den nach § 15 zugelassenen Abfallbehältern zu erfassen und dem Landkreis im Zuge des in § 16 beschriebenen Holsystems zu überlassen.
- (3) Der Abfuhrhythmus für Restabfallbehälter mit einem Fassungsvermögen bis 240 Liter beträgt drei Wochen. Für Restabfallbehälter mit einem Fassungsvermögen von 1.100 Liter beträgt der Abfuhrhythmus eine Woche.
- (4) Die Anschluss- und Benutzungspflichtigen entscheiden nach § 16 selbst, ob sie ihren Restabfallbehälter am Abfuhrtag geleert haben möchten. Jedoch werden im Zuge der Gebührenerhebung nach der Abfallgebührensatzung des Landkreises unabhängig von der tatsächlichen Veranlassung einer Entleerung durch Bereitstellung des Restabfallbehälters im Rahmen der Grundgebühr Mindestgebühren für eine dort definierte Anzahl an Entleerungen je Behältergröße erhoben.

§ 15

Zugelassene Abfallbehälter für Restabfall, Altpapier und Bioabfall/ Ausstattung der Anschlussinhaber und Nutzung der Behälter

- (1) Für die Erfassung und Bereitstellung von Altpapier, Bioabfall sowie Restabfällen, die der Landkreis nach Maßgabe dieser Satzung einsammelt und befördert, sind die nach dieser Satzung zugelassenen, mit einem elektronischen Identifikationssystem ausgestatteten festen Abfallbehälter in erforderlicher Anzahl und Größe zu übernehmen.
- (2) Zugelassene Abfallbehälter sind die folgenden
 - a) für die Erfassung von Altpapier:
 - 1.) Altpapierbehälter (Müllgroßbehälter (MGB), in der Regel in blauer Farbe) mit 240 Liter Fassungsvermögen

2.) Altpapierbehälter mit 1.100 Liter Fassungsvermögen,

b) für die Erfassung von Bioabfall:

- 1.) Bioabfallbehälter (MGB in schwarzer Farbe mit Deckel in brauner Farbe) mit 120 Liter Fassungsvermögen,
- 2.) Bioabfallbehälter mit 500 Liter Fassungsvermögen (grundsätzlich nur für Großwohnanlagen und öffentliche Einrichtungen)
- 3.) vom Landkreis zugelassener Bioabfallsack aus braunem Papier mit dem Aufdruck „Altmarkkreis Salzwedel“,

c) für die Erfassung von Restabfällen:

- 1.) Restabfallbehälter (MGB in schwarzer Farbe) mit 80 Liter Fassungsvermögen,
- 2.) Restabfallbehälter mit 120 Liter Fassungsvermögen,
- 3.) Restabfallbehälter mit 240 Liter Fassungsvermögen,
- 4.) Restabfallbehälter mit 1100 Liter Fassungsvermögen
- 5.) vom Landkreis zugelassener Restabfallsack aus Kunststoff in blauer Farbe mit dem Aufdruck „Altmarkkreis Salzwedel“.

Müllgroßbehälter und Container sind feste Abfallbehälter im Sinne dieser Satzung. Der Landkreis behält sich vor, in begründeten Ausnahmefällen im Einzelfall weitere Abfallbehälter mit anderem Fassungsvermögen zuzulassen. Für gelegentlichen Mehranfall von Restabfall oder Bioabfall oder wenn vom Landkreis nach Absatz 10 zugelassen, sind die mit dem Aufdruck „Altmarkkreis Salzwedel“ versehenen Rest- oder Bioabfallsäcke zugelassen, die an den Abfallwirtschaftshöfen in Gardelegen und Cheine sowie beim Landkreis gegen eine Gebühr gem. Abfallgebührensatzung des Landkreises erhältlich sind.

(3) Der Landkreis stellt dem Anschlusspflichtigen die zur Aufnahme des Abfalls nach Absatz 2 zugelassenen und für die Aufnahme des anfallenden Abfalls erforderlichen festen Abfallbehälter mit angemessenen Volumen bzw. Fassungsvermögen bei der Anmeldung (Erststellung) sowie bei Änderungen in ausreichender Zahl zur Verfügung. Diese werden von der Deponie GmbH Altmarkkreis Salzwedel als Beauftragter des Landkreises gestellt. Die Behälter bleiben im Eigentum der Deponie GmbH Altmarkkreis Salzwedel.

(4) Anschluss- und Benutzungspflichtige haben die übernommenen festen Abfallbehälter nach Maßgabe von § 16 ordnungsgemäß zu verwahren und schonend und sachgemäß zu behandeln. Für Schäden an den festen Abfallbehältern und Verlust aufgrund einer Pflichtverletzung des Anschlusspflichtigen haftet der Anschlusspflichtige. Dies gilt nicht, wenn er die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat. Beschädigungen oder Verlust von Abfallbehältern sind der Deponie GmbH Altmarkkreis Salzwedel als Beauftragter des Landkreises unverzüglich anzuzeigen.

(5) Anzahl, Größe und Art der einzusetzenden Abfallbehälter und die Zahl der durchzuführenden Abfuhr bestimmt der Landkreis nach den Vorgaben dieser Satzung. Insbesondere bestimmt der Landkreis, welche Behälterkapazität je Abfallart unter Berücksichtigung der zu erwartenden Abfallmenge jeweils als erforderlich und angemessen anzusehen ist.

(6) Als Anhaltspunkt für die Bemessung der zu übernehmenden Anzahl und des Fassungsvermögens (Volumens) der Behälter für die Erfassung von Restabfällen (Restabfallbehälter) dienen die nachfolgenden beschriebenen Maßstäbe.

a) Bemessung bei Wohngrundstücken

Auf jedem anschlusspflichtigen Wohngrundstück ist mindestens ein zugelassener Restabfallbehälter vorzuhalten. Grundsätzlich wird für jeden Haushalt auf einem anzuschließenden Grundstück ein eigener Behälter gestellt. Dessen Größe bzw. Fassungsvermögen bestimmt sich grundsätzlich mindestens wie folgt:

Für Haushalte bis einschließlich 3 mit Hauptwohnsitz gemeldeten Personen ist ein Mindestbehältervolumen zu übernehmen, das unter Berücksichtigung des Abfuhr- bzw. Leerungsrhythmus einem Volumen von 11 Liter je Woche und Person entspricht, für Haushalte ab 4 mit Hauptwohnsitz gemeldeter Personen ist ein Volumen bemessen an 8 Litern je Woche und Person zu übernehmen. Daraus ergibt sich in Abhängigkeit von der in einem Haushalt lebenden, d.h. dort mit Hauptwohnsitz gemeldeten Personenzahl und unter Berücksichtigung eines dreiwöchigen Abfuhr- bzw. Leerungsrhythmus folgende Festlegung zur Mindestgröße der zu übernehmenden Restabfallbehälter:

1 und 2 Personen	ein 80 Liter Restabfallbehälter,
3 bis 5 Personen	ein 120 Liter Restabfallbehälter,
ab 6 Personen	grundsätzlich ein 240 Liter Restabfallbehälter.

Für Großwohnanlagen werden grds. 1.100 Liter Restabfallbehälter in erforderlicher Anzahl gestellt. Anschlusspflichtige von Ferien- bzw. Wochenendgrundstücken haben unabhängig von einer etwaigen dortigen Anmeldung mit Hauptwohnsitz mindestens einen 80 Liter Restabfallbehälter pro Grundstück, in Bungalowsiedlungen pro Bungalow zu übernehmen. Befinden sich auf einem Grundstück mehrere Haushalte, kann für diese auf Antrag des Anschlusspflichtigen ein oder mehrere gemeinsam zu nutzende/r Restabfallbehälter bereitgestellt werden. In diesem Fall ist zur Ermittlung des bereitzustellenden Behältervolumens zunächst das je Haushalt an sich erforderliche Behältervolumen entsprechend den obigen Ausführungen zu berechnen. Sodann werden zur Ermittlung des insgesamt zu übernehmenden Behältervolumens die je Haushalt ermittelten Behältervolumina addiert. Die jeweiligen genauen Behältergrößen werden vom Landkreis nach Prüfung des Einzelfalles festgesetzt. Vorschläge der Behälterwahl durch den Anschlusspflichtigen, welche über die Mindestgröße hinausgehen, werden berücksichtigt, wenn diese im schriftlichen Antrag benannt waren.

b) Bemessung für Gewerbegrundstücke

Für Gewerbegrundstücke, auf denen gewerbliche Siedlungsabfälle anfallen, die nicht verwertet werden, sind gemäß § 7 Absatz 2 der GewAbfV in angemessenem Umfang Abfallbehälter nach den näheren Festlegungen des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers, mindestens aber ein Behälter zu nutzen. Für solche Grundstücke werden die folgenden Grundsätze für die Bemessung des angemessenen Behältervolumens herangezogen. Auf schriftlichen Antrag können bei Nachweis der Nutzung besonderer Vermeidungs- und Verwertungsmöglichkeiten durch die Anschluss- und/oder Benutzungspflichtigen und des daraus folgenden Anfalles geringerer Abfallmengen kleinere

Mindestbehältervolumen vom Landkreis festgelegt werden.

aa) Mindestens mit 8 Litern Behältervolumen je Bett und Woche sind nachfolgende Einrichtungen auszustatten: Krankenhäuser, Sanatorien, Alten-, Pflege- und Entbindungsstationen, Hotels, Pensionen, sonstige Beherbergungsbetriebe, Kasernen, u.ä.

bb) Für Schulen, Kinderkrippe, Kindertagesstätten, Horte und vergleichbare Einrichtungen wird grds. ein Behältervolumen von 1 Liter je Lehrer/Betreuer und je 4 Schülern/Kindern pro Woche veranschlagt.

cc) Für Industrie-, Gewerbe-, Handwerks-, und landwirtschaftliche Betriebe, freiberufliche Unternehmungen mit eigener Praxis oder Büro wird ein Behältervolumen von grds. 3 Litern je Beschäftigtem und Woche angesetzt. Beschäftigte im Sinne dieser Satzung sind alle in einem Betrieb Tätigen (z. B. Arbeitnehmer, Unternehmer, mit-helfende Familienangehörige, Auszubildende wie auch die Geschäftsführung) einschließlich Zeitarbeitskräften. Beschäftigte, die weniger als die Hälfte der branchen-üblichen Arbeitszeit tätig sind, werden bei der Bemessung des Behältervolumens zu einem Viertel berücksichtigt.

dd) Für Schwimmbäder, Sportplätze, Vereinsheime, Dorfgemeinschaftshäuser, kirchliche und sonstige Einrichtungen ist ein Behältervolumen von mindestens 80 Liter vorzuhalten. Darüber hinaus richtet sich das angemessene Volumen nach dem tatsächlichen Anfall von Abfall zur Beseitigung.

ff) Auf Campingplätzen wird mindestens ein Volumen von 8 Litern je zugelassenem Stellplatz und Woche zugrunde gelegt.

c) Bemessung für gemischt genutzte Grundstücke

Für gemischt genutzte Grundstücke ist für jede Nutzungseinheit (Haushalt oder Gewerbe) grds. jeweils ein gesonderter Behälter zu übernehmen, dessen Volumen sich nach den oben angegebenen Ansätzen richtet.

Fallen auf einem gemischt genutzten Grundstück jedoch gewerbliche Siedlungsabfälle nur in einer so geringen Menge an, dass den Erzeugern oder Besitzern eine Erfüllung der Pflichten nach den §§ 3 und 4 GewAbfV wirtschaftlich nicht zumutbar ist, können diese gewerblichen Siedlungsabfälle gemeinsam mit den auf dem jeweiligen Grundstück anfallenden Abfällen aus privaten Haushalten in den dafür vorgesehenen Abfallbehältern erfasst werden. Für diesen Fall entfällt die Pflicht zur gesonderten Benutzung von Abfallbehältern. Das angemessene Abfallbehältervolumen bestimmt der Landkreis in diesem Fall unter Berücksichtigung der Anhaltspunkte aus a) und b).

(7) Für die Überlassung von bioorganischen Abfälle aus privaten Haushalten ist mindestens ein Bioabfallbehälter zu übernehmen und aufzustellen, wenn auf dem Grundstück anfallende Bioabfälle durch den Anschluss- bzw. Benutzungspflichtigen auf dem angeschlossenen Grundstück nicht selbst im Sinne von § 3 Abs. 5 Satz 3 dieser Satzung verwertet werden. Dasselbe gilt für solche Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen (Gewerbe), falls diese keine anderen Verwertungsmöglichkeiten im Einklang mit der Gewerbeabfallverordnung erschlossen haben. Das angemessene Behältervolumen für die Bioabfallbehälter bestimmt sich nach dem Umfang des Anfalls von Bioabfällen auf dem Grundstück. Grundsätzlich ist auf jedem anzuschließenden Grundstück je Haushalt mindestens ein Bioabfallbehälter mit 120 Liter Fassungsvermögen für Bioabfälle aus privaten Haushalten einerseits sowie – bei zusätzlicher gewerblicher Nutzung – je Gewerbe mindestens ein Bioabfallbehälter für Bioabfälle aus anderen Herkunftsbereichen andererseits zu übernehmen. Eine gemeinsame Nutzung entsprechend größerer Bioabfallbehälter durch mehrere Haushalte auf demselben Grundstück ist nach entsprechender Anwendung der Maßgaben aus Absatz 6 Buchstabe a) Satz 7 zulässig, wenn zugleich auch eine gemeinsame Nutzung von Restabfallbehältern stattfindet.

(8) Altpapierbehälter sind in dem je nach Anfall von Altpapier erforderlichen Umfang zu übernehmen. Je Haushalt /Gewerbe auf einem anschlusspflichtigen Grundstück ist grds. mindestens ein Altpapierbehälter mit angemessenem Volumen, mindestens mit 240-Liter Fassungsvermögen, zu übernehmen. Eine gemeinsame Nutzung von Altpapierbehältern durch mehrere Haushalte auf demselben Grundstück ist nach entsprechender Anwendung der Maßgaben aus Absatz 6 Buchstabe a) Satz 7 zulässig, wenn zugleich auch eine gemeinsame Nutzung von Restabfallbehältern stattfindet.

(9) In die Abfallbehälter im Sinne dieser Satzung dürfen nur die jeweils nach dieser Satzung dafür vorgesehenen Abfälle (Restabfälle, Bioabfälle, Altpapier) eingefüllt werden. Der Anschlusspflichtige hat jeweils dafür zu sorgen, dass die festen Abfallbehälter allen auf dem Grundstück ansässigen Benutzungspflichtigen zugänglich sind. Die festen Abfallbehälter dürfen nur so gefüllt werden, dass ihre Deckel noch gut zu schließen sind und eine spätere ordnungsgemäße Leerung und Entsorgung möglich ist. Ein Verdichten des Abfalls in den 80 Liter bis 1.100 Liter MGB, das zur Beschädigung der Behälter führen kann, ist nicht erlaubt. Das Gesamtgewicht der befüllten und bereitgestellten 80 Liter MGB darf 50 kg, das der 120 Liter MGB 60 kg, das der 240 Liter MGB 90 kg, der 500 Liter MGB 240 kg und das der 1.100 Liter MGB darf 350 kg nicht überschreiten. Restabfallsäcke dürfen ein Gesamtgewicht von 37 kg, Bioabfallsäcke von 20 kg nicht überschreiten.

(10) Ordnet der Landkreis nach § 16 Absatz 2 Satz 4 einen Bereitstellungsplatz für Abfallbehälter an, können auf schriftlichen Antrag des Anschlusspflichtigen statt der festen Abfallbehälter die vom Landkreis zugelassenen Abfallsäcke für die reguläre Erfassung und Überlassung von Restabfall und Bioabfall (jeweils in getrennten Säcken) genutzt werden.

(11) An-, Ab- und Ummeldungen eines anschlusspflichtigen Grundstücks und die Anforderung der erforderlichen Behälter haben mindestens 4 Wochen vor dem jeweiligen maßgebenden Ereignis (Umzug, Einzug/Zuzug weiterer Bewohner/Nutzer, Wegzug, o.ä.) schriftlich beim Landkreis zu erfolgen. Die vom Anschlusspflichtigen zu übernehmenden festen Abfallbehälter sind zu dem mit dem Landkreis bzw. der Deponie GmbH Altmarkkreis Salzwedel vereinbarten bzw. zu dem von dieser angelegten Zeitpunkt auf dem Grundstück zu übernehmen, ebenso sind abgemeldete Behälter zum vereinbarten Termin zu übergeben. Wird zum Zwecke der Behältergestaltung, des Behältertauschs oder -abzuges durch den Landkreis bzw. seinen Drittbeauftragten eine erneute Anfuhr des Grundstücks erforderlich, weil am vorgesehenen Termin die Aufstellung der Behälter aus Gründen, die der Anschlusspflichtige zu vertreten hat, nicht möglich war, erhebt der Landkreis hierfür eine gesonderte

Anfahrtsgebühr nach der Abfallgebührensatzung.

§ 16

Bereitstellung der Abfallbehälter zur Entleerung und Durchführung der Abfuhr sowie Aufstellung der Abfallbehälter auf dem angeschlossenen Grundstück

- (1) Die Anschluss- und Benutzungspflichtigen haben die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Abfuhr bzw. Leerung aller auf dem Grundstück übernommenen Restabfall-, Altpapier- sowie Bioabfallbehälter am Abfuhrtag ohne Schwierigkeiten und ohne Zeitverlust zu ermöglichen.
- (2) Die Abfallbehälter mit einem Fassungsvermögen bis 240 Liter sind mit geschlossenem Deckel in der Regel so am an das Grundstück angrenzenden, nächstgelegenen öffentlichen Straßenrand der für die Sammelfahrzeuge befahrbaren Straße bereitzustellen, dass der Entsorgungswille eindeutig erkennbar ist. Die Entfernung der bereitgestellten Behälter und Abfälle vom Fahrbahnrand darf 5 m nicht überschreiten. Wenn wegen der besonderen Lage der Grundstücke, aus technischen Gründen oder aufgrund gesetzlicher oder berufsgenossenschaftlicher Bestimmungen eine Befahrung der dem Grundstück nächstgelegenen öffentlichen Straße nicht möglich oder nicht zumutbar ist, sind die Abfallbehälter an der dieser Straße nächstgelegenen vom Sammelfahrzeug befahrbaren öffentlichen Straße bereitzustellen. Der Landkreis kann im Interesse einer geordneten Entsorgung in diesen Fällen einen entsprechenden Bereitstellungsplatz festlegen. Die Abfallbehälter mit einem Fassungsvermögen bis 240 Liter sind, wenn eine Entleerung gewollt ist, an der nach diesem Absatz bestimmten Stelle am Abfuhrtag so bereitzustellen, dass der fließende Verkehr nicht gefährdet wird. Nach der Entleerung sind die festen Abfallbehälter unverzüglich vom Straßenrand zu entfernen.
- (3) Abweichendes von Absatz 2 gilt für die Leerung von 500-Liter- sowie 1.100-Liter-MGB. Diese werden von den Beauftragten des Landkreises von ihren Standplätzen auf den angeschlossenen Grundstücken zur Leerung an den Straßenrand vorgeholt. Eine Bereitstellung durch den Anschlusspflichtigen im Sinne von Absatz 2 ist nicht erforderlich.
- (4) Die Standplätze und Verwahrungsorte für feste Abfallbehälter auf den angeschlossenen Grundstücken sind so einzurichten, dass die Abfallbehälter gegen unbefugten Zugriff gesichert sind. Die Standplätze für 500 und 1.100 Liter MGB, welche nach Absatz 3 geleert werden, sind auf den Grundstücken der Anschlusspflichtigen überdies durch den Anschlusspflichtigen so zu befestigen, dass sie durch das Abstellen und den sachgemäßen Transport der Behälter nicht beschädigt werden und den Beauftragten des Landkreises das Vorholen und Zurückstellen nach Absatz 3 ohne Schwierigkeiten möglich ist. Die Anschluss- und Benutzungspflichtigen haben dafür zu sorgen, dass die Müllwerker an den Abfuhrtagen ungehindert Zugang zu allen Abfallbehältern haben. Dazu zählt auch, dass die Zuwege und der Standplatz im Winter von Schnee beräumt und von Eis befreit werden.
- (5) Behälter mit unzulässigem Gewicht im Sinne von § 15 Absatz 9 Satz 5 und 6 werden nicht entleert bzw. abgefahren und der Anschluss-/Benutzungspflichtige wird zur Nutzung zusätzlicher Abfallsäcke aufgefordert. Können Abfallbehälter aus diesem oder einem anderen von dem Anschluss- oder Benutzungspflichtigen zu vertretenden Gründe nicht entleert oder abgefahren werden, so erfolgt die Entleerung und Abfuhr grundsätzlich erst am nächsten regelmäßigen Abfuhrtag des Abfuhrhythmus (also z.B. erst nach drei Wochen für Restabfälle), falls das Entleerungshindernis (zu hohes Gewicht etc.) behoben ist. Im begründeten Ausnahmefall kann der Anschlusspflichtige eine außerplanmäßige Entleerung der Abfallbehälter (sog. Sonderentleerung) beantragen. Zur Abfuhr bereitgestellte, jedoch nicht nach Maßgabe dieser Satzung zugelassene Abfallbehälter werden nicht entleert, auch nicht am nächsten Abfuhrtermin.
- (6) Unterbleibt die Abfuhr des Abfalles am vorgesehenen Abfuhrtag insbesondere wegen Betriebsstörungen oder höherer Gewalt, wird sie im Rahmen der betrieblichen Möglichkeiten baldmöglichst nachgeholt. Bei solchen vorübergehenden Einschränkungen, Unterbrechungen, Verspätungen oder Ausfällen der Abfuhr und Behälterleerung, insbesondere infolge von Betriebsstörungen, behördlichen Verfügungen oder höherer Gewalt, hat der Anschlusspflichtige keinen Anspruch auf Entschädigung.
- (7) Die genauen Tourenpläne und Leerungs- bzw. Abfuhrtage für Restabfall, Bioabfall und Altpapier werden gemäß § 23 Absatz 1 bekannt gegeben. Auf diese Weise informiert der Landkreis auch über Abfuhrtermine für Leichtverpackungen durch die Beauftragten der Systembetreiber im Sinne des Verpackungsgesetzes.

§ 17

Annahmodalitäten und Verhalten auf den Abfallwirtschaftshöfen und Wertstoffhöfen

Die Benutzung der Abfallwirtschaftshöfe und Wertstoffhöfe des Landkreises wird durch eine Benutzungsordnung näher geregelt. Anlieferer und andere Benutzer haben die Regelungen der Benutzungsordnung zu beachten.

§ 18

Verbotswidrig abgelagerte Abfälle

- (1) Für die Entsorgung verbotswidrig abgelagerter Abfälle im Sinne des § 11 und § 11 a AbfG LSA wird vorrangig der Verursacher in Anspruch genommen. In den Fällen, in denen Maßnahmen gegen die verursachende Person nicht hinreichend erfolgversprechend erscheinen, keine andere Person aufgrund eines bestehenden Rechtsverhältnisses verpflichtet ist und die Abfälle wegen ihrer Art oder Menge das Wohl der Allgemeinheit beeinträchtigen, gelten die nachfolgenden Absätze.
- (2) Abfälle, die auf einem Grundstück im Wald oder der übrigen freien Landschaft verbotswidrig abgelagert oder durch Naturereignisse auf dem Grundstück abgesetzt sind, werden durch den Landkreis gebührenfrei eingesammelt und entsorgt, wenn das Grundstück nicht im Eigentum einer Körperschaft des öffentlichen Rechts steht. Der Landkreis stellt zur Erfassung dieser Abfälle auf Anforderung gebührenfrei die erforderlichen Abfallbehälter bereit, die ebenfalls gebührenfrei abgeholt und einer Entsorgung zugeführt werden. Abfälle, die auf Grundstücken im Eigentum einer Körperschaft des öffentlichen Rechts verbotswidrig oder durch Naturereignisse abgelagert wurden, sind von dieser auf eigene Kosten einzusammeln und an der nächsten öffentlichen Straße bereitzustellen. Zur Erfassung dieser Abfälle stellt der Landkreis auf Anforderung die erforderlichen Behältnisse gegen gesonderte Gebühr bereit. Dem Landkreis ist der Bereitstellungsart bekannt zu geben. Der Landkreis übernimmt

die eingesammelten und bereitgestellten Abfälle ohne Erhebung einer gesonderten Gebühr und führt sie einer weiteren Entsorgung zu. Die gebührenfreie Übernahme und Entsorgung durch den Landkreis gilt nicht, wenn das Grundstück der Allgemeinheit rechtlich oder tatsächlich nicht frei zugänglich ist. In diesem Fall sind die Bestellung von Behältnissen sowie die Abholung und Entsorgung durch den Landkreis nach der Abfallgebührensatzung gebührenpflichtig, dem Abfallbesitzer steht es alternativ frei, die Abfälle in einem einschlägigen Hol- oder Bringsystem nach dieser Satzung zu überlassen.

- (3) Ist ein land- oder forstwirtschaftlich genutztes Grundstück betroffen, das rechtlich oder tatsächlich nicht frei zugänglich ist, so hat der Besitzer der Abfälle die Abfälle auf eigene Kosten einzusammeln und an der nächsten öffentlichen Straße zur Entsorgung bereitzustellen. Der Landkreis stellt bei Bedarf und auf Anforderung gebührenpflichtig die Behälter für die Erfassung der Abfälle. Vom Landkreis werden die bereitgestellten Abfälle gebührenfrei angenommen und entsorgt, nachdem ihm der Bereitstellungsart mitgeteilt wurde.
- (4) Abfälle, die gem. § 11 a AbfG LSA auf anderen Grundstücken, inklusive Straßenkörper, verbotswidrig abgelagert werden, sind vom überlassungspflichtigen Abfallbesitzer dem Landkreis wie folgt beschrieben zu überlassen. Zur Erfassung der Abfälle können vom Landkreis gebührenpflichtig geeignete Abfallbehälter bzw. -behältnisse angefordert werden, über welche die Abfälle zu erfassen und zur Abholung durch den Landkreis an einem von diesem bezeichneten Stellplatz bereitzustellen sind. Alternativ kann sich der Abfallbesitzer für die Anlieferung der Abfälle im einschlägigen Hol- oder Bringsystem nach dieser Satzung in Verbindung mit der Gebührensatzung entscheiden. Die Gebührenerhebung für die Entsorgung der angelieferten Abfälle richtet sich nach Abfallgebührensatzung, nach der sich die Gebühr nach der Art und Menge der angelieferten Abfälle bestimmt.

§ 19

Eigentumsübergang

Die zur Abfuhr bereitgestellten Abfälle gehen in das Eigentum des Landkreises über, sobald sie in die Sammelfahrzeuge verladen sind. Das gilt nicht für im Abfall gefundene Wertsachen, sie werden als Fundsachen behandelt. Der Landkreis ist nicht verpflichtet, den Abfall nach verloren gegangenen Wertsachen zu durchsuchen. Unbefugten ist nicht gestattet, zur Abfuhr bereitgestellte Abfälle zu durchsuchen oder wegzunehmen.

§ 20

Modellversuche

Zur Erprobung neuer Abfallsammlungs-, -transport-, -behandlungs- oder -entsorgungssysteme kann der Landkreis Modellversuche mit örtlich und zeitlich begrenzter Wirkung durchführen.

§ 21

Anzeige-, Auskunft- und Duldungspflichten

- (1) Die Anschlusspflichtigen nach § 3 haben dem Landkreis für jedes anschlusspflichtige Grundstück das Vorliegen, den Umfang und die Veränderung der Voraussetzung für die Anschlusspflicht sowie den Wegfall der Voraussetzungen unverzüglich, möglichst 4 Wochen vor der jeweiligen Veränderung, falls diese absehbar ist, schriftlich anzuzeigen. Die Anzeige soll den jeweils voraussichtlich erstmaligen bzw. (bei Wegfall der Voraussetzungen für den Anschluss) letztmaligen Anfall von Abfällen, die voraussichtliche Art und Menge sowie die Anzahl der auf dem Grundstück befindlichen Haushalte mit der zum jeweiligen Haushalt gemeldeten Personenzahl sowie Namen und Anschrift des Anschlusspflichtigen enthalten. Wechselt der Grundstückseigentümer bzw. sonstige Anschlusspflichtige, sind sowohl der bisherige als auch der neue Eigentümer bzw. Anschlusspflichtige zur schriftlichen Anzeige dieses Umstandes verpflichtet. Änderungen ihrer Anschrift haben Anschlusspflichtige un- aufgefördert mitzuteilen. Für entsprechende Mitteilungen an den Landkreis nach diesem Absatz sollen die auf der Website der Deponie GmbH Altmarkkreis Salzwedel verfügbaren Formulare verwendet werden, denen jeweils Hinweise nach der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) beigefügt sind.
- (2) Die Anschlusspflichtigen nach § 3 sowie alle Benutzungspflichtigen sind dem Landkreis zur Auskunft über Art, Beschaffenheit, Menge und Herkunft des zu entsorgenden Abfalls verpflichtet. Sie haben zudem auf Nachfrage des Landkreises über alle weiteren Fragen Auskunft zu erteilen, deren Beantwortung für die Durchführung der Abfallentsorgung im Einzelfall erforderlich ist.
- (3) Die Anschluss- und Benutzungspflichtigen haben das Aufstellen der zur Erfassung von Abfällen notwendigen zugelassenen Abfallbehälter auf dem Grundstück und das Betreten des Grundstückes durch Bedienstete des Landkreises und der beauftragten Deponie GmbH Altmarkkreis Salzwedel zum Zwecke des Einsammelns von Abfällen im Rahmen des § 19 KrWG zu dulden.

§ 22

Gebühren

Für die Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtung der Abfallentsorgung erhebt der Landkreis zur Deckung der Kosten Gebühren nach Maßgabe einer besonderen Satzung, der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallwirtschaft im Altmarkkreis Salzwedel (Abfallgebührensatzung).

§ 23

Veröffentlichungen und Bekanntgaben

- (1) Die Tourenpläne für
 - die Entleerung der Restabfall-, Bioabfall- und Altpapierbehälter einschließlich Abfuhr von Restabfall- und Bioabfallsäcken sowie
 - die Abfuhr von Sperrmüll als auch
 - für die Einsammlung der gelben Wertstoffsäcke durch die Beauftragten der Systembetreiber werden im jährlich erscheinenden sog. Abfallkalender veröffentlicht. ²Der Abfallkalender wird regelmäßig im Dezember an alle Haushalte und Gewerbe auf angeschlossenen Grundstücken verteilt. ³Er ist überdies bei der beauftragten Deponie GmbH Altmarkkreis Salzwedel sowie beim Landkreis erhältlich.

Im Abfallkalender werden überdies die Standorte und Öffnungszeiten der Abfallwirtschaftshöfe sowie Wertstoffhöfe aufgeführt. Sie sind auch auf der Website der Deponie GmbH Altmarkkreis Salzwedel unter <https://deponie-gmbh.de/standort/> abrufbar.

Amtsblatt für den Altmarkkreis Salzwedel vom 26. Dezember 2018

(2) Die Tourenpläne für die Sammlung gefährlicher Abfälle einschließlich Angaben zu den jeweiligen Standorten des Schadstoffsammelmobils sowie Änderungen im diesbezüglichen Tourenplan werden in der örtlichen Presse veröffentlicht.

(3) Hinweise, die nur eine geringe Zahl der Anschluss- oder Überlassungspflichtigen in einem Teilgebiet des Landkreises betreffen, weil sie sich auf spezifische, eng umgrenzte örtliche Gegebenheiten beziehen, können in Abstimmung mit dem Landkreis von den Einheitsgemeinden und der Verbandsgemeinde des Landkreises veröffentlicht werden.

§ 24

Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig im Sinne von § 8 Abs. 6 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig im Sinne dieser Satzung:

- entgegen § 3 Absatz 1 bzw. Absatz 2 sein anschlusspflichtiges Grundstück nicht an die öffentliche Abfallentsorgung des Landkreises anschließt,
- entgegen den Vorgaben des § 7 Absatz 2 Sätze 2 bis 6 Sperrmüll nicht in geordneter Weise auf dem Bürgersteig bereitstellt oder Sperrmüll vor einem anderen Grundstück als dem, auf dem er angefallen ist, bereitstellt,
- entgegen § 9 Absatz 2 Satz 1 gefährliche Abfälle mit anderen Abfällen gemischt überlässt, insbesondere solche in die Restabfallbehälter einfüllt,
- entgegen § 9 Absatz 2 Satz 2 gefährliche Abfälle außerhalb der Standzeiten des Schadstoffmobils an den Standorten abstellt,
- entgegen den Bestimmungen des § 11 Absatz 2 Satz 2 überlassungspflichtige Asbestabfälle mit andere Abfälle vermischt überlässt,
- entgegen § 13 Absatz 2 Satz 3 Bioabfall in anderen als den zugelassenen Papieren oder Tüten verpackt in die Bioabfallbehälter einwirft,
- entgegen § 15 Absatz 1 nicht die erforderliche zugewiesene Anzahl und Größe an Abfallbehältern übernimmt,
- entgegen § 15 Absatz 9 Satz 1 andere Abfälle als Bioabfälle in die Bioabfallbehälter füllt,
- entgegen § 15 Absatz 9 Satz 1 andere Abfälle als Altpapier in die Altpapierbehälter füllt,
- entgegen § 15 Absatz 9 Satz 1 getrennt zu haltende Abfälle in die Restabfallbehälter füllt,
- entgegen § 15 Absatz 9 Satz 4 Abfälle in festen Abfallbehältern in einer Weise verdichtet, dass diese beschädigt werden können,
- entgegen § 15 Absatz 9 Satz 3 befüllte Abfallbehälter zur Leerung bzw. Abfuhr bereitstellt,
- entgegen § 16 Absatz 2 Satz 1 bis 5 Abfallbehälter nicht am satzungsmäßig vorgegebenen bzw. vom Landkreis festgelegten Bereitstellungsstandort am Straßenrand bereitstellt,
- Abfallbehälter entgegen § 16 Absatz 2 Satz 6 nach der Entleerung nicht unverzüglich vom Straßenrand entfernt,
- entgegen § 19 Satz 4 angefallene Abfälle durchsucht oder wegnimmt,
- entgegen § 21 Absatz 1 und 2 keine oder falsche Auskunft erteilt, insbesondere über Art, Beschaffenheit, Menge und Herkunft des zu entsorgenden Abfalls.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 5.000,00 Euro geahndet werden.

§ 25

Sprachliche Gleichstellung

Bezeichnungen von Personen und Funktionen in dieser Satzung wurden zugunsten der besseren Lesbarkeit lediglich in männlicher Fassung formuliert. Sämtliche Ausdrücke, die männlich formuliert sind, gelten sinngemäß auch für Frauen.

§ 26

In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt am 01.01.2019 in Kraft. Mit In-Kraft-Treten dieser Satzung tritt die Satzung über die Abfallwirtschaft im Altmarkkreis Salzwedel (Abfallwirtschaftssatzung) vom 20.02.2006, zuletzt geändert durch Änderungssatzung vom 12.12.2016, außer Kraft.

=====

Anlage mit Kennzeichnung der von der Abfallentsorgung ganz oder teilweise ausgeschlossenen Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen nach § 2 Absatz 2 sowie Aufführung der nach Maßgabe von § 11 Absatz 3 zu überlassenden Abfälle.

Ausgefertigt am:
Salzwedel, den 18.12.2018

Ziche
Landrat

Dienstsiegel

Altmarkkreis Salzwedel

Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallwirtschaft im Altmarkkreis Salzwedel (Abfallgebührensatzung)

Auf der Grundlage der §§ 8 und 45 Abs. 2 Ziff. 1 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) vom 17.06.2014 (GVBl. LSA S. 288) in der zurzeit gültigen Fassung, § 5 des Kommunalabgabengesetzes (KAG LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Dezember 1996 (GVBl. LSA 1996, 405) in der zurzeit gültigen Fassung und § 6 des Abfallgesetzes des Landes Sachsen-Anhalts (AbfG LSA) vom 01.02.2010 (GVBl. LSA S. 44) in der zurzeit gültigen Fassung hat der Kreistag des Altmarkkreises Salzwedel in seiner Sitzung am 17.12.2018 die folgende Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallwirtschaft im Altmarkkreis Salzwedel (Abfallgebührensatzung) beschlossen:

§ 1

Gebühren

Für die Inanspruchnahme der öffentlichen Abfallentsorgung erhebt der Altmarkkreis Salzwedel (im Folgenden auch als Landkreis bezeichnet) zur Deckung der Kosten Benutzungsgebühren

nach Maßgabe dieser Satzung.

§ 2

Grundgebühr

(1) Für den Anschluss an die öffentlich-rechtliche Abfallentsorgung im Sinne von § 3 Abs. 1 und 2 der Abfallwirtschaftssatzung des Altmarkkreises Salzwedel, die Vorhaltung von Entsorgungsleistungen und die Inanspruchnahme verschiedener Teilleistungen wie der Straßensammlung von Sperrmüll, der mobilen Schadstoffsammlung, der Altpapiersammlung und weiteren in Absatz 7 genannten Leistungen sowie als Mindestentleerungsgebühr für die Entleerung der Restabfallbehälter im Umfang der nachfolgend definierten Mindestentleerungen je Jahr erhebt der Landkreis eine in dieser Satzung als Grundgebühr bezeichnete Gebühr.

(2) Die Höhe dieser Grundgebühr richtet sich nach der im Einklang mit der Abfallwirtschaftssatzung auf dem angeschlossenen Grundstück vorgehaltenen Restabfallbehältergrößen und deren Anzahl.

(3) Die Grundgebühr beträgt für angeschlossene Grundstücke:

je Anschluss von einem	80 l Restabfallbehälter	105,12 Euro	pro Jahr,
	120 l Restabfallbehälter	157,68 Euro	pro Jahr,
	240 l Restabfallbehälter	315,36 Euro	pro Jahr,
	1.100 l Restabfallbehälter	2.466,72 Euro	pro Jahr.

(4) In der Grundgebühr ist die Mindestentleerungsgebühr für folgende Anzahl an Entleerungen enthalten:

80 l bis 240 l Restabfallbehälter	4 Entleerungen pro Jahr,
1.100 l Restabfallbehälter	16 Entleerungen pro Jahr.

(5) Für angeschlossene nur zeitweilig bewohnte oder genutzte Grundstücke (u.a. Wochenend- und Feriengrundstücke) beträgt die Grundgebühr jeweils 1/2 des entsprechenden Betrages nach Abs. 3. In diesen Fällen ist von der Gebühr auch nur 1/2 der in Absatz 4 genannten Entleerungen erfasst. Entsteht oder endet die Gebührenpflicht für die Grundgebühr gemäß § 7 Absatz 1 im Laufe des Kalenderjahres, so wird für jeden Kalendermonat, für den die Gebührenpflicht besteht, 1/12 der Jahresgebühr berechnet. Die über die Grundgebühr abgegoltene Mindestentleerungen werden in diesen Fällen anteilig berechnet, die Zahl der Entleerungen wird stets auf eine volle Zahl aufgerundet, bei Restabfallbehältern bis 240 l wird je angefangener drei Monate eine Mindestentleerung angesetzt.

(6) Für Haushalte mit nur einer Person und einem zugeordneten 80 l Restabfallbehälter wird auf schriftlichen Antrag eine Ermäßigung der Gebühr in Höhe von

37,08 Euro

ab dem Folgemonat der Antragstellung gewährt.

(7) In der Grundgebühr werden die Kosten für folgende Leistungen abgedeckt:

- Vorhaltung der Logistik der Abfallentsorgung für die grundstücksnaher Sammlung von Rest-, Bioabfällen sowie Altpapier und Sperrmüll,
- Zurverfügungstellung und Bereitstellung von festen Papier-, Rest- und Bioabfallbehältern,
- anteilige Kosten für Sammlung, Transport, Behandlung und Verwertung von Restabfällen und Bioabfällen,
- Sammlung, Transport, Behandlung und Verwertung von Sperrmüll einschl. holzhaltigem Sperrmüll im Rahmen der Straßensammlung nach § 7 Absatz 2 der Abfallwirtschaftssatzung,
- Sammlung, Transport, Behandlung und Verwertung/Beseitigung von gefährlichen Abfällen nach § 9 Absatz 4 Satz 1 und 2 der Abfallwirtschaftssatzung,
- Verwertung von Grünabfällen in haushaltsüblichen Mengen von angeschlossenen Grundstücken,
- Annahme und Bereitstellung von Elektro- und Elektronikgeräten zur Übergabe an die „stiftung ear“,
- Sammlung, Transport und Verwertung von Papier, Pappe und Kartonagen,
- Entsorgung von verbotswidrig abgelagerten Abfällen nach Maßgabe von § 11 AbfG LSA, d.h. insbesondere, wenn der Verursacher nicht ermittelt werden kann,
- Vorhaltung und Betrieb der Abfallwirtschaftshöfe Gardelegen und Cheine,
- Vorhaltung und Betrieb von Wertstoffhöfen,
- Vorhaltung und Durchführung von Abfallberatung und Öffentlichkeitsarbeit sowie Verwaltungsleistungen insbesondere für die Erhebung der Gebühren nach dieser Satzung,
- Planung, Errichtung, Betrieb, Rekultivierung und Nachsorge von Abfallbehandlungs-, -verwertungs- und -beseitigungsanlagen,
- Aufwendungen für die Bildung von Rücklagen für die vorhersehbaren späteren Kosten der Stilllegung und der Nachsorge bei Abfallverwertungs- und Abfallbeseitigungsanlagen,
- Aufwendungen für die Stilllegung von Abfallverwertungs- und Abfallbeseitigungsanlagen und die Nachsorge hierfür, soweit für diese Aufwendungen keine ausreichenden Rücklagen gebildet wurden.

§ 3

Benutzungsgebühren für die Entsorgung von Restabfällen und Bioabfall, die der Landkreis im behältergestützten System einsammelt (Entleerungsgebühren)

(1) Für die Sammlung und Entsorgung von Restabfällen und Bioabfällen aus den bereitgestellten Behältern der angeschlossenen Grundstücke werden Entleerungsgebühren erhoben, die sich nach der Art, der Anzahl und dem Volumen der zur Leerung bereitgestellten festen Abfallbehälter sowie der Zahl der Entleerungen bemessen.

(2) Wird bei Bereitstellung eines Restabfallbehälters zur Leerung die in § 2 Abs. 4 bzw. 5 genannte Mindestentleerungszahl für Restabfall überschritten, so wird für jede Zusatzentleerung eines Restabfallbehälters eine gesonderte Entleerungsgebühr erhoben. Die Gebührensätze für diese Entleerungsgebühren für die Sammlung und Entsorgung von Restabfällen ab Überschreiten der maßgeblichen Mindestentleerungszahl betragen:

- | | | | |
|--------|----------------------------|------------|-----------------------------|
| a) für | 80 l Restabfallbehälter | 4,84 Euro | je zusätzlicher Entleerung, |
| b) für | 120 l Restabfallbehälter B | 7,26 Euro | je zusätzlicher Entleerung, |
| c) für | 240 l Restabfallbehälter | 14,52 Euro | je zusätzlicher Entleerung, |
| d) für | 1.100 l Restabfallbehälter | 66,56 Euro | je zusätzlicher Entleerung, |

(3) Die Gebührensätze für die Entleerungsgebühren für die Sammlung und Entsorgung von Bioabfällen (mit Ausnahme von sog. Sonderleerungen auf Antrag nach § 16 Absatz 5 Abfallwirtschaftssatzung) betragen:

- a) für Bioabfallbehälter mit 120 l Volumen: 2,00 € je Entleerung,
- b) für Bioabfallbehälter mit 500 l Volumen: 8,33 € je Entleerung

(4) Die Berechnung der Entleerungsgebühren für die o.g. festen Abfallbehälter (für Restabfall einerseits und Bioabfall andererseits) erfolgt auf der Grundlage der auf elektronischen Wege erfassten Anzahl der durchgeführten Entleerungen (über ein sog. Behälter-Identifikationssystem). Dies gilt auch, wenn die Entleerung des Rest- und Bioabfalles wegen zu stark verdichtetem oder verklumptem bzw. angefrorenem Inhalt nur teilweise erfolgen konnte.

§ 4

Gebühren für die Selbstanlieferung von Abfällen an den Abfallwirtschaftshöfen

(1) Für die Übernahme von Abfällen auf dem Abfallwirtschaftshof Gardelegen und dem Abfallwirtschaftshof Cheine und deren Entsorgung werden gesonderte Anlieferungsgebühren erhoben (mit Ausnahme der Übernahme von Altpapier, Altgeräten nach dem ElektroG, Batterien sowie Grünabfall in haushaltüblichen Mengen und gefährlichen Abfällen im Umfang von bis zu 200 kg oder 200 Liter von angeschlossenen Grundstücken). Diese Anlieferungsgebühren richten sich bei Massen von mehr als 400 kg nach der tatsächlich verwogenen Masse und der jeweiligen Abfallart. Bei der Anlieferung von geringeren Mengen unterhalb des geeichten Messbereichs der Waage von 400 kg richtet sich die Gebühr nach der Abfallart und dem Volumen, welches nach der Art des Anlieferfahrzeuges bzw. -gefäßes bestimmt wird.

(2) Der Gebührensatz beträgt für

Anlieferung und Entsorgung von	im Umfang eines (im Handel erhältlichen) Müllsackes	im Umfang bis zu einer Kofferraumladung einer Limousine	im Umfang bis zu einer Kofferraumladung eines Kombi oder PKW Anhängers	in größeren Mengen als 400 kg (nach Verwiegung) je kg:
Gemischten Siedlungsabfällen	6,00 €	11,00 €	36,00 €	145,00 €/t
Sperrmüll	6,00 €	11,00 €	36,00 €	145,00 €/t
Asbesthaltigen Abfällen	6,00 €	16,00 €	64,00 €	160,00 €/t
Bau- und Abbruchabfällen	6,00 €	11,00 €	36,00 €	145,00 €/t
Mineralfaserabfällen	10,00 €	27,00 €	106,00 €	265,00 €/t
Teerpappe	11,00 €	30,00 €	120,00 €	300,00 €/t
Altholz sowie Altholz A IV und PCB Altholz	6,00 €	11,00 €	36,00 €	145,00 €/t
weiteren Abfällen, insbesondere gefährlichen und solchen nach § 11 Absatz 3 Abfallwirtschaftssatzung und ihrer Anlage	5,00 €	15,00 €	58,00 €	145,00 €/t

§ 5

Weitere Benutzungsgebühren für Sonderleistungen

(1) Für die Inanspruchnahme der Sperrmüllsammmlung auf Abruf nach § 7 Absatz 5 der Abfallwirtschaftssatzung wird eine Gebühr für die auf Abruf durchgeführte Abholung und Entsorgung erhoben. Die Gebühr beträgt je Abruf einschließlich Abholung und weiterer Entsorgung

75,- Euro.

(2) Wird gemäß § 15 Absatz 11 Satz 3 der Abfallwirtschaftssatzung zum Zwecke der Behälterstellung oder des Behälterinzuges bzw. dessen Abholung durch den Landkreis bzw. seinen Drittbeauftragten eine erneute Anfuhr des Grundstücks erforderlich, erhebt der Landkreis eine gesonderte Anfahrtsgebühr für jede erneute Anfahrt. Diese Gebühr beträgt je Anfahrt

25,- Euro.

(3) Für die nach § 16 Absatz 5 Satz 3 der Abfallwirtschaftssatzung im Ausnahmefall zugelassene Sonderentleerung von nicht ordnungsgemäß bereitgestellten Abfallbehältern einschließlich Entsorgung werden sog. Sonderentleerungsgebühren erhoben. Diese richten sich nach der Anzahl der beantragten Sonderentleerungen sowie nach der Größe und der Art der dabei entleerten Abfallbehälter. Diese Gebühren betragen je beantragter Sonderentleerung einschließlich Entsorgung

- a) für Altpapierbehälter mit 240 l Volumen: 11,86 Euro
- b) für Altpapierbehälter mit 1.100 l Volumen: 21,03 Euro

- c) für Bioabfallbehälter mit 120 l Volumen: 17,92 Euro
- d) für Bioabfallbehälter mit 500 l Volumen: 90,91 Euro

(4) Für die Gestellung von Abfallbehältern bzw. -behältnissen zur Aufnahme von verbotswidrig abgelagerten Abfällen auf Grundstücken nach Maßgabe von § 18 Absatz 2 Satz 4 und 8

sowie Absatz 3 Satz 2 der Abfallwirtschaftssatzung sowie Grundstücken im Sinne von § 11 a AbfG LSA nach § 18 Absatz 4 Satz 2 der Abfallwirtschaftssatzung erhebt der Landkreis eine gesonderte Benutzungsgebühr, die sich unabhängig von der Größe des Behältnisses nach der Anzahl der Gestaltungsvorgänge der Behältnisse richtet. Sie beträgt

110,- € je Vorgang der Gestellung eines Behältnisses.

Zusätzlich erhebt der Landkreis für die weitere Entsorgung solcher Abfälle im Fall des § 18 Absatz 2 Satz 8 sowie § 18 Absatz 4 Satz 4 Abfallwirtschaftssatzung weitere Entsorgungsgebühren, die sich nach Art und Menge des übernommenen Abfalls richten. Hierfür sind die in § 4 Absatz 2 angeführten Gebührensätze entsprechend anzuwenden.

(5) Für die Nutzung eines zugelassenen amtlichen Abfallsackes einschließlich Abfuhr und Entsorgung richtet sich die Gebühr nach der Anzahl und der Art der erworbenen Abfallsäcke. Die Gebühr für die Abfallentsorgung unter Verwendung von zugelassenen Abfallsäcken beträgt:

- a) 5,20 Euro pro Restabfallsack
- b) 2,00 Euro pro Bioabfallsack.

§ 6

Einschränkungen der Abfuhr

Bei vorübergehenden Einschränkungen, Unterbrechungen, Verspätungen oder Ausfällen der Abfuhr bzw. Entleerung der Abfallbehälter, insbesondere infolge von Betriebsstörungen, behördlichen Verfügungen, Verlegung des Zeitpunktes der Abfuhr oder höherer Gewalt, besteht kein Anspruch auf Gebührenermäßigung.

§ 7

Gebührenschildner

(1) Gebührenschildner der Grundgebühren im Sinne von § 2 sowie der Entleerungsgebühren nach § 3 Absatz 1 bis 3 sind die Eigentümer angeschlossener Grundstücke sowie die diesen nach § 3 Absatz 1 der Abfallwirtschaftssatzung gleichgestellten Nutzungsberechtigten (Anschlusspflichtige). Der Landkreis kann auf schriftlichen Antrag des eigentlichen Gebührenschildners nach Satz 1 im Einzelfall den bzw. die Mieter (bei Nutzung durch private Haushaltungen) oder den bzw. die Pächter (bei Nutzung durch ein Gewerbe im Sinne der Abfallwirtschaftssatzung) auf einem Grundstück beim Vorliegen wichtiger Gründe und sofern dies nicht zu einer wesentlichen Erhöhung des Verwaltungsaufwandes (Verwaltungskosten) beim Landkreis führt, als Gebührenschildner für den ihnen zurechenbaren Anteil der Gebühr veranlagern. Die Gebührenpflicht für diese Gebührenarten entsteht mit dem ersten Tag des Monats, nach dem auf dem anschlusspflichtigen Grundstück der oder die Abfallbehälter durch den Landkreis oder seinen beauftragten Dritten bereitgestellt wurde bzw. wurden. Die Gebührenpflicht erlischt grds. mit dem Ende des Monats, in dem die Anschlusspflicht entfällt; wird der bzw. werden die Abfallbehälter dem Landkreis bzw. dem von ihm beauftragten Unternehmen erst später zurückgegeben, ist dieser Zeitpunkt maßgeblich. Bei einem Wechsel im Grundeigentum oder anderen, die Anschlusspflicht begründenden Umständen, geht die Gebührenpflicht vom vorherigen Anschluss- und Gebührenpflichtigen auf den neuen Anschluss- und Gebührenpflichtigen zum 1. des Monats über, der auf eine entsprechende Mitteilung eines der betroffenen Anschlusspflichtigen folgt.

(2) Gebührenschildner der Gebühr für die Benutzung von Restabfallsäcken bzw. Bioabfallsäcken im Sinne von § 5 Absatz 5 a) bzw. b) ist der Erwerber des Abfallsackes.

(3) Gebührenschildner der Gebühren nach § 4 für Selbstanlieferungen an den Abfallentsorgungsanlagen sind der Abfallerzeuger, Abfallbesitzer und der Anlieferer als Gesamtschildner.

(4) Gebührenschildner der Gebühren nach § 5 Absatz 1 für die Inanspruchnahme der Sperrmüllsammmlung auf Abruf nach § 7 Absatz 5 der Abfallwirtschaftssatzung ist derjenige Anschluss- oder Benutzungspflichtige, der die Sperrmüllsammmlung beantragt hat.

(5) Gebührenschildner für die gesonderte Anfahrtsgebühr nach § 5 Absatz 2 ist der Anschlusspflichtige.

(6) Gebührenschildner der Gebühr für die Inanspruchnahme von Sonderentleerungen nach § 5 Absatz 3 ist der Anschlusspflichtige.

(7) Gebührenschildner der Gebühr für die Nutzung von Behältnissen des Landkreises zur Erfassung von verbotswidrig abgelagerten Abfällen nach § 5 Absatz 4 Satz 1 (in den Fällen der §§ 18 Absatz 2 Satz 4 und 8 sowie Absatz 3 Satz 2 und § 18 Absatz 4 Satz 2 der Abfallwirtschaftssatzung) ist der Grundstückseigentümer, in den Fällen des § 18 Absatz 3 Satz 2 der Abfallwirtschaftssatzung der Abfallbesitzer.

(8) Gebührenschildner der Gebühr für die Entsorgung von verbotswidrig abgelagerten Abfällen nach § 5 Absatz 4 Satz 2 (in den Fällen der §§ 18 Absatz 2 Satz 8 sowie § 18 Absatz 4 Satz 4 der Abfallwirtschaftssatzung) ist der Grundstückseigentümer.

§ 8

Entstehung der Gebührenschild, Festsetzung, Erhebung und Fälligkeit

(1) Die nach dieser Satzung zu entrichtenden Gebühren mit Ausnahme der Gebühren für die Abfallsäcke werden vom Landkreis in Gebührenbescheiden festgesetzt.

(2) Erhebungszeitraum für die Grundgebühren nach § 2 ist das Kalenderjahr. Die Gebührenschild entsteht für die Grundgebühr nach § 2 grds. mit Beginn des Kalenderjahres. Beginnt oder endet der Anschluss des Grundstücks im Laufe des Kalenderjahres, so entsteht die Gebührenschild mit Beginn des Kalendermonats, der auf den Beginn des Anschlusses des Grundstückes folgt. Die Grundgebühren werden im laufenden Kalenderjahr für das jeweils laufende Kalenderjahr per Bescheid festgesetzt. Sie sind einen Monat nach Bekanntgabe der Festsetzung zur Zahlung fällig. Unterjährige Änderungen der Art und Anzahl der Abfallbehälter oder ihres Volumens werden zum 1. Kalendertag des auf die Änderung folgenden Monats berücksichtigt und nach § 5 Absatz 4 Satz 2 KAG LSA bei der Gebührenschildfestsetzung berücksichtigt.

- (3) Erhebungszeitraum für die Entleerungsgebühren nach § 3 Absätzen 2 und 3 ist ebenfalls das Kalenderjahr. Die Entleerungsgebühren nach § 3 Absätzen 2 und 3 entstehen zum Ende des Kalenderjahres. Sie werden im Folgejahr per Gebührenbescheid festgesetzt und sind einen Monat nach Bekanntgabe der Festsetzung fällig.
- (4) Die Gebührenschuld für die Nutzung eines Abfallsackes (Rest- oder Bioabfall) nach § 5 Absatz 5 entsteht mit der Übergabe des Sackes an den Erwerber und ist sofort fällig.
- (5) Die Gebührenschuld für die Selbstanlieferung von Abfällen auf den Abfallwirtschaftshöfen Gardelegen und Cheine nach § 4 entsteht mit der Annahme Abladung der Abfälle. Sie wird unverzüglich in einem Gebührenbescheid festgesetzt und ist sofort zur Zahlung fällig.
- (6) Die Gebührenschuld nach § 5 Absatz 1 für die Inanspruchnahme der Sperrmüllsammlung auf Abruf entsteht mit der Annahme Einsammlung des Sperrmülls. Sie wird in einem Gebührenbescheid festgesetzt und ist einen Monat nach dessen Bekanntgabe zur Zahlung fällig.
- (7) Die Gebührenschuld nach § 5 Absatz 2 für die gesonderte Anfahrt eines Grundstückes entsteht mit Anfahrt und Stellung bzw. Übernahme der Behälter des Grundstückes. Sie wird in einem Gebührenbescheid festgesetzt und ist einen Monat nach dessen Bekanntgabe zur Zahlung fällig.
- (8) Die Gebührenschuld nach § 5 Absatz 3 für die Sonderentleerungen entsteht mit Entleerung des bzw. der Behälter. Sie wird in einem Gebührenbescheid festgesetzt und ist einen Monat nach dessen Bekanntgabe zur Zahlung fällig.
- (9) Die Gebührenschuld für die Nutzung von Behältnissen des Landkreises zur Erfassung von verbotswidrig abgelagerten Abfällen nach § 5 Absatz 4 Satz 1 entsteht mit Gestellung des angeforderten Behälters. Sie wird in einem Gebührenbescheid festgesetzt und ist einen Monat nach dessen Bekanntgabe zur Zahlung fällig.
- (10) Die Gebührenschuld für die Entsorgung von verbotswidrig abgelagerten Abfällen nach § 5 Absatz 4 Satz 2 in Verbindung mit § 4 entsteht mit der Annahme der Abladung der übernommenen Abfallmengen durch das vom Landkreis beauftragte Unternehmen am Abfallwirtschaftshof. Sie wird in einem Gebührenbescheid festgesetzt und ist einen Monat nach Bekanntgabe des Bescheides zur Zahlung fällig.
- (11) Zur Ermittlung von Berechnungsgrundlagen, der Abgabeberechnung, der Ausfertigung von Abgabebescheiden sowie der Entgegennahme der zu entrichtenden Abgaben an den Abfallwirtschaftshöfen hat der Landkreis gemäß § 10 Absatz 1 KAG LSA die Deponie GmbH Altmarkkreis Salzwedel ermächtigt.

§ 9

Auskunfts- und Mitteilungspflichten

Die Anschlusspflichtigen bzw. die an deren Stelle tretenden Gebührenschuldner nach § 7 Absatz 1 Satz 2 haben Veränderungen aller Umstände, die für die Gebührenerhebung oder -bemessung im folgenden Erhebungszeitraum maßgeblich sind, dem Altmarkkreis Salzwedel bis spätestens vier Wochen vor Beginn des neuen Erhebungszeitraumes schriftlich mitzuteilen. Dies gilt insbesondere für Änderungen der Anschrift des Anschlusspflichtigen. Gebührenschuldner nach § 7 Absatz 3 und 8 haben auf Nachfrage des Altmarkkreises Salzwedel alle Auskünfte zu erteilen, die für die Gebührenerhebung bzw. -bemessung erforderlich sind, wie insbesondere Auskünfte zu Art bzw. Zusammensetzung der von ihnen zur Entsorgung überlassenen Abfälle zu erteilen.

§ 10

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig nach § 16 Absatz 1 i.V.m. § 15 Absatz 1 KAG-LSA handelt, wer entgegen § 9 als Gebührenpflichtiger die verlangten Mitteilungen gar nicht, nicht vollständig, nicht rechtzeitig oder unrichtig erteilt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 10.000,00 Euro geahndet werden.

§ 11

Sprachliche Gleichstellung

¹Bezeichnungen von Personen und Funktionen in dieser Satzung wurden zugunsten der besseren Lesbarkeit lediglich in männlicher Fassung formuliert. ²Sämtliche Ausdrücke, die männlich formuliert sind, gelten sinngemäß auch für Frauen.

§ 12

In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt am 01.01.2019 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallwirtschaft im Altmarkkreis Salzwedel vom 20.02.2006, zuletzt geändert durch Satzung vom 12.12.2016 außer Kraft.

Ausgefertigt am:
Salzwedel, den 18. 12. 2018

Ziche
Landrat

Dienstsiegel

Altmarkkreis Salzwedel

2. Änderung

zur Nutzungs- und Gebührenordnung für das Feriencamp Gager des Altmarkkreises Salzwedel

Aufgrund § 45 Abs. 2 Nr. 6 des Kommunalverfassungsgesetzes LSA vom 17.06.2014 (GVBl. LSA S. 288) in Verbindung mit § 5 Abs. 1 Kommunalabgabengesetz LSA in den jeweils gültigen Fassungen erlässt der Altmarkkreis Salzwedel nach Beschlussfassung des Kreistages des Altmarkkreises Salzwedel vom 17.12.2015 nachfolgende 2. Änderung zur Nutzungs- und Gebührenordnung für das Feriencamp Gager des Altmarkkreises Salzwedel.

§ 1

Die Nutzungs- und Gebührenordnung für das Feriencamp Gager des Altmarkkreises Salzwedel wird wie folgt geändert:

§ 7 Abs. a und b erhalten folgende Fassung:

- „ a) für die Teilnahme an einem Durchgang im Feriencamp in den sachsen-anhaltinischen Sommerferien (12 Tage)
- 210,00 EUR je Teilnehmer
(whft. im AMK SAW)
- 260,00 EUR je Teilnehmer
(whft. außerhalb des AMK SAW)
- b) für die Nutzer gemäß § 2 Abs. 2 und 4
- 5,00 EUR pro Person / Übernachtung“

§ 2

Die 2. Änderung tritt am 01.01.2019 in Kraft.

Ausgefertigt am:
Salzwedel, den 18.12.2018

gez. Ziche
Landrat

Dienstsiegel

Amtsblatt für den Altmarkkreis Salzwedel

Herausgeber: Altmarkkreis Salzwedel
Karl-Marx-Straße 32, 29410 Salzwedel
Telefon 0 39 01/840-308

Verantwortlich für die Redaktion: Amt für Kreisentwicklung/Pressestelle
Das Amtsblatt erscheint im General-Anzeiger, Ausgabe Altmark-West

Verteilung: kostenlos an alle frei zugänglichen Haushalte
Satz: ProMedia Barleben GmbH, Verlagsstraße 1
39179 Barleben, Telefon: 03 91/59 99-432

Bezug: General-Anzeiger Salzwedel, Neuperverstr. 32
29410 Salzwedel, Telefon: 0 39 01/83 21 61